



Offener Brief des Flüchtlingsrats Düsseldorf e. V.

an

Dr. Stephan Keller, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, CDU

Thomas Jarzombek MdB, Parteivorsitzender CDU Düsseldorf

Rolf Tups, Vorsitzender der CDU Ratsfraktion Düsseldorf

Mirja Cordes und Paula Elsholz, Vorstandssprecherinnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Düsseldorf

Angela Hebler und Norbert Czerwinski, FraktionssprecherIn der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Düsseldorf

Stefan Engstfeld MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Düsseldorf

als Unterzeichner der Kooperationsvereinbarung zwischen der CDU Düsseldorf und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Düsseldorf im Januar 2021

31.01.2021

Zur Kooperationsvereinbarung zwischen CDU und Grünen

Förderung der Integration auch geflüchteter Menschen in die Stadtgesellschaft

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorstand des Flüchtlingsrats Düsseldorf e. V. nimmt die Kooperationsvereinbarung zwischen der CDU Düsseldorf und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Düsseldorf zur Kenntnis und begrüßt, dass dort ausdrücklich die gemeinsame Förderung der Integration als Ziel der Zusammenarbeit vereinbart wird.

Sie halten dort fest, dass sie möchten, „dass die Menschen, die nach Düsseldorf kommen, sich hier wohlfühlen und bei uns dauerhaft ein neues Zuhause finden“.

Auch geflüchtete Menschen, die im Rahmen eines Asylverfahrens nach Düsseldorf zugewiesen werden und hier mit uns leben, suchen bei uns ein neues Zuhause und haben einen Integrationsbedarf. Sie möchten auch aufenthaltsrechtlich ankommen.

Leider öffnet das alltägliche Handeln der Stadtverwaltung vielfach nicht die Tür zur Integration geflüchteter Menschen in unsere Stadtgesellschaft, sondern verschließt diese.

So werden weiterhin vielfach erfolgreiche Integrationsbemühungen geflüchteter Menschen nicht nur aufenthaltsrechtlich nicht honoriert, sondern sogar erschwert.

Aufenthaltsrechtliche Möglichkeiten der Verfestigung geduldeter Aufenthalte gut integrierter Menschen in Form der Erteilung von Ausbildungs- und Beschäftigungsduldungen oder humanitärer Aufenthaltserlaubnisse werden in Düsseldorf weiterhin zu selten genutzt.

Betroffene Menschen werden nicht auf bestehende aufenthaltsrechtliche Verfestigungsmöglichkeiten hingewiesen und angeleitet, sondern zur Ausreise aufgefordert.

Die Fortführung bereits begonnener Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse wird behördlich so unterbunden.

Der Flüchtlingsrat Düsseldorf e. V. sieht hier den Bedarf einer Änderung des Verwaltungshandelns und vermisst eine entsprechende Zielsetzung in der Kooperationsvereinbarung zwischen der CDU Düsseldorf und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Düsseldorf.

Auch werden die Belange geflüchteter Menschen in unserer Stadt nach Wegfall des Amtes der Flüchtlingsbeauftragten und der Beendigung des Runden Tisches zur Flüchtlingsunterbringung in Düsseldorf in der politischen Diskussion nicht mehr hinreichend repräsentiert.

Zwei wichtige Institutionen zur Kommunikation der Belange geflüchteter Menschen zwischen diesen, der Verwaltung sowie den haupt- und ehrenamtlichen Begleitern sind entfallen und fehlen.

Wir als Flüchtlingsrat Düsseldorf erwarten, dass Sie bei der Umsetzung Ihres Ziels, die Integration zugezogener Menschen in Düsseldorf zu fördern, auch die Integration geflüchteter Menschen fördern und die von uns aufgezeigten Defizite in den Blick nehmen und beheben.

Wir werden dies mit unserer Arbeit aufmerksam begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Flüchtlingsrat Düsseldorf e. V.

Der Vorstand